

Telegraphische Depeschen.

* Wiesbaden, 29. April. Se. Maj. der Kaiser unternahm gestern mit der Frau Großherzogin von Baden eine längere Spazierfahrt. Zum Vortrage wurde heute von Sr. Maj. der Generalmajor v. Albrecht empfangen. Anlässlich des heutigen Geburtstages des Kaisers Alexander von Russland findet große Gala statt, wozu die Notabilitäten der hiesigen russischen Colonie, die Generale v. Prigelwitz, v. Bentheim, v. Göben, v. Tresckow sowie mehrere pensionierte Generale und die Spitzen der Behörden sowie der Oberbürgermeister Einladungen erhalten haben.

Berlin, 29. April. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Regierung einem vorgeschlagenen Gültigen Abkommen zugestimmt und eine Vereinbarung wegen Auszahlung einer Witwendotation und sonstiger Privatrevenuen an die Exkönigin von Hannover aus dem Welfenfonds abgeschlossen hat. (Wes.-Z.)

* Fulda, 29. April. Bei der heute hier stattgehabten Erwahlung eines Abgeordneten zum preußischen Landtag an Stelle des Abg. Herlein wurden 144 Stimmen abgegeben, der Seminarlehrer a. D. Friedrich Koch hier (Centrum) wurde mit 143 Stimmen zum Abgeordneten gewählt.

* Wien, 29. April. Nach einer Meldung der Neuen Freien Presse hat Aleko-Pascha einem Mitarbeiter des genannten Blattes gegenüber geäußert, er werde gegen die Mitte des Monats Mai an seinem Bestimmungsorte eintreffen. Ein detailliertes Programm habe er noch nicht ausarbeiten können. Der Gouverneur von Ostrumeliens werde gleichzeitig der Machtvollstrecker der europäischen Commission sein. In allen wichtigen Fragen werde die Majorität der Commission das entscheidende Wort sprechen. Der Gouverneur werde zwischen der Pforte und der Commission eine vermittelnde Stellung einnehmen. Die Pforte werde dem Gouverneur seine Befehle ertheilen, welche ihn in Gegensatz zu der Commission bringen könnten. Die Bevölkerung werde Ruhe halten, um die Wiedereinführung der militärischen Truppen unnötig zu machen.

Sollte das Wirkliche türkischer Truppen in Ostrumeliens erforderlich sein, worüber die europäischen Mächte zu entscheiden hätten, so würde er das Land wieder verlassen müssen. Der Gouverneur von Ostrumeliens könnte nicht gleichzeitig Fürst von Bulgarien sein, dies widerstrebe dem Berliner Vertrage. Mit der Frage seiner Kandidatur habe er sich noch nicht beschäftigt, weil er keinerlei Veranlassung dazu gehabt habe. Die größte Aussicht auf Erfolg habe die Kandidatur des Prinzen von Battenberg.

* Wien, 29. April. Der Herausgeber der Neuen Freien Presse, Michael Etienne, ist plötzlich gestorben.

* Budapest, 29. April abends. Unterhaus: Seitens der Regierung wurde eine Vorlage eingebracht betreffend den Ankauf der Waagthalbahn. Das Unter-

haus nahm den Gesetzentwurf betreffend die Einverleibung von Spizza an.

* Bern, 29. April. Der Bundesrat hat den Schriftsteller Heinrich Joachim Gehlsen aus Thunringen in Schleswig-Holstein, früher in Berlin, jetzt hier, sowie Alfonso Danesi aus Bologna, Director der Italienischen Druckerei in Genf, wegen Missbrauchs des Asyls zu aggressiver publicistischer Thätigkeit, welche mit der völkerrechtlichen Stellung der Schweiz unverträglich ist, aus der Schweiz ausgewiesen.

* Rom, 28. April. Der italienische Delegirte bei der Commission für die Regulirung der serbisch-türkischen Grenze, Major Belini, ist heute nach Belgrad abgereist. — Die Deputirtenkammer ist mit der Berathung der Vorlagen über die Eisenbahnbauten beschäftigt.

* Madrid, 29. April früh. Die Infantin Christine (geboren 29. Oct. 1852), zweite Tochter des Herzogs von Montpensier, welche zu Ausgang vergangenen Monats in Sevilla erkrankte, ist gestern Nachmittag gestorben; infolge des Todesfalles wird der König sich heute nach Sevilla begeben.

* London, 29. April. Wie dem Renter'schen Bureau aus der Capstadt vom 8. April gemeldet wird, ist General Pearson mit der Garnison von Etoe am Angelusflusse angekommen. General Chelmsford befindet sich mit dem Generalstabe auf dem Wege nach Durban. Dem Berchnach nach hätten die Zulus Etoe besetzt; gerüchteweise verlautet, Ketschwayo habe sich jenseit des Umvolosflusses zurückgezogen. Das Gericht, die Boote würden Vortreß Grete als Geisel zurückbehalten, entbehrt der Begründung.

* London, 29. April morgens. Der Times zu folge wird General Wolseley Anfang Mai von Cypern hierher zurückkehren.

* Cienowa, 29. April mittags. Der Prinz Alexander von Battenberg ist einstimmig durch Acclamation zum Fürsten von Bulgarien unter dem Namen Alexander I. gewählt worden.

* Washington, 29. April. Präsident Hayes hat dem Cabinet eine Befreiung zugeschenkt, in welcher gegen das volkstige Armeebudget ein Veto eingelegt wird; dieselbe wird heute oder morgen der Repräsentantenkammer überwandt werden. — Die Enquête-commission für die Münzfrage hat ein Gesetz angenommen betreffend die Emission von Certificaten à 5 Doll., welche durch den in der Staatskasse vorhandenen Münzvertrag gedeckt werden, durch das Gesetz werden diese Certificaten auch zur Zahlung der Binfen der Nationalschuld zugelassen. Der Münzfuß für Gold wurde auf 258 $\frac{1}{2}$ Grains, der für Silber auf 412 $\frac{1}{2}$ Grains festgesetzt.

* New York, 27. April. Ein hier veröffentlichter Brief von den Samoainseln enthält die Angabe, daß General Bartlett trotz der Einsprache des deutschen Consuls zum Ministerpräsidenten ernannt worden sei. Einige Tage früher unter dem 10. April teilten

amerikanische Blätter mit, laut Nachrichten aus Samoa sei ein Vertrag zwischen Deutschland und der dortigen Regierung abgeschlossen worden, durch den Deutschland einen Hafen erwirke; der Vertrag gleiche demjenigen mit den Vereinigten Staaten und verstoße nicht gegen die Interessen der Union. Einem amerikanischen Bürger sei die Krone angeboten worden. Die verschiedenen Parteien sännen auf Krieg. (Köln. B.)

Die Behandlung der Zoll- und Finanzvorlagen im Reichstage.

N.L.C. Berlin, 29. April. Die zur Zeit stattfindenden Besprechungen der Fraktionen des Reichstages beziehen sich naturgemäß zunächst auf die geschäftliche Behandlung der Zoll- und Steuervorlagen. Die Frage ist bekanntlich vor den Herren von einer gewissen Presse in der gehäufigsten Weise aufgebaut worden. Um so erfreulicher ist es, daß im Reichstage allem Anschein nach eine Verständigung über dieselbe ohne erhebliche Schwierigkeiten zu erreichen sein wird. Definitive Entschlüsse haben die einzelnen Fraktionen natürlich noch nicht fassen können. So viel darf indefs als feststehend angenommen werden, daß der Gedanke einer sofortigen Berathung des ganzen Zolltarifs im Plenum von keiner Seite vertreten wird. Andererseits scheint allgemeines Einverständnis darüber zu herrschen, daß kein Grund vorliegt, sämtliche Positionen des Tarifs zur Commissionsberathung zu stellen. Nothwendig wird die letztere nur für diejenigen Positionen sein, welche entweder als reine Finanzzölle in untrennbarem Zusammenhange mit der Frage der Reichsfinanzreform stehen, oder als Schutzzölle in Bezug auf ihre Zweckmäßigkeit und ihre maßnahmlichen Wirkungen einer eingehenden fachverständigen Prüfung bedürfen.

Innerhalb der national-liberalen Partei ist man der Ansicht, daß neben den Steuervorlagen aus dem Zolltarif zunächst sämtliche Finanzzölle, also die sogenannten handelsgeringen Artikel, der Commissionsberathung zu unterwerfen seien. Es handelt sich dabei um die Nummern 25 (Material- und Specerei, auch Conditorwaren und andere Consumtibilien) und 29 (Petroleum). Über den Umfang der auszuwählenden Schutzzölle gehen die Meinungen noch auseinander. Unerlässlich dürfte die Vorberathung sein für sämtliche die Textilindustrie berührende Positionen, für die Drogier-, Apotheker- und Farbwaren, für Glas, Leder und Thontwaren. Zweckhaft kann man sein betreffe des Eisens, der Instrumente, der Kleider und Leibwäsche, der Kurzwaren, der Wolle. Die übrigen Artikel — darunter Getreide- und Viehzölle — werden sofort nach Schluss der ersten Berathung in das Plenum zu nehmen sein, sodass also die öffentlichen Sitzungen keineswegs, wie im vorigen Herbst bei der Berathung des Socialistengesetzes, für die Dauer der Commissionsarbeiten ausgezögzt würden.

Die Politik ist augenblicklich mit Kleinigkeiten beschäftigt, die nur als Zeichen der Zeit Bedeutung haben, wie die Wahl Blanqui's, die einem Times-Berichterstatter Gelegenheit gab, die Times und den National gleichzeitig mit einer Unterredung zu begleiten, in der bestätigt wird, was wir schon längst wußten, daß dieser „große Geschwärer“, der 40 Jahre wie eine Bestie hinter Schloss und Riegel gehalten wurde, „Alles muss ruiniert und die Anarchie auf den Altar gezeigt werden.“ Blanqui's „Gefährlichkeit“ besteht weniger in seiner Manie, als in der Dummheit vieler Franzosen, an diesen Propheten des Utopias zu glauben, und in der Rolle, die gewisse Leute ihm spielen lassen, weil sie durch diesen Popanz die Menge an sich zu fesseln hoffen. Ranc zumal, der wieder in Paris ist, liebt solche Manöver: wie er Barodet in Scène setzte, so jetzt Blanqui. „M. wie er Blowitz“, der „die Relique des streitbaren Socialismus“ in Clamecy am 26. April besuchte, zeigt uns seinen Held in der That als eine Ruine, aber als die Ruine nicht eines intelligenten Fanatisches, sondern als die eines Narren, der sich's zum ewigen Ruhme anrechnet, daß er allein seit 1831 stets denselbe horrende Anarchie gehabt, während alle seine Genossen schwache Stunden hatten, wo sie von ihm abwichen und an der alleinstigmachenden Anarchie zweifelten oder verzweifelten. „Barum verschworen sie sich gegen Ludwig Philipp?“ fragt Blowitz. Antwort: „Er gefiel uns nicht! Er hatte die Tugtage entstellt. Er war die Fortsetzung von Karl X.“ In dieser Weise geht es fort. Nebenbei erzählen wir dann auch, daß „d'abord et avant tout il faut dochristianiser la France“ (dass vor allen Dingen Frankreich zu entchristlichen sei).

Blanqui sieht überall Inquisition: sie verbrennt nicht mehr, aber sie leert ein. Man versucht Journalisten, weil sie die Religion lächerlich machen; „es muss erlaubt sein, die Religion im Namen des Vernunft lächerlich zu machen“. Blowitz lädt sich mit dem Gefangen auf einen Dialog über Staat und Kirche ein. Dann kommen die siebenen Heere zur Sprache. Natürlich ist Blanqui dagegen, entwaffnen soll Frankreich aber nicht, aber Frankreich soll

größere Reisen befähigt zu machen, schweben die Verhandlungen noch. Die zur Weiterführung dieser Unternehmungen erforderlichen Mittel wurden vom Auschus einstimmig bewilligt.

Den wichtigsten Gegenstand der Berathung bildete jedoch das Anerbieten Sr. Maj. des Königs der Belgier: aus den Mitteln der Internationalen Association der Afrikanischen Gesellschaft die Summe von 40000 Frs. zu überweisen, falls dieselbe zwischen der Ostküste Afrikas und dem Tanganilasee eine deutsche Station anzulegen übernehmen wolle. Dieser Gedanke fand in der Versammlung allgemeinen Beifall und es wurde einstimmig beschlossen, das Anerbieten anzunehmen und zur Gründung der Station aus Mitteln der Gesellschaft noch die Summe von 16000 Fr. zu bewilligen. Dabei wurde ausdrücklich betont, daß die Station zwar vornehmlich als Stützpunkt für deutsche und frende Missionen dienen soll und daß den dort anzusiedelnden Siedlungen der Afrikanischen Gesellschaft soll ein weites Feld für wissenschaftliche Forschungen aller Art eröffne, welches nicht vernachlässigt werden dürfe. Einstimmig wurde indessen auch anerkannt, daß die Gesellschaft nach Maßgabe ihrer Statuten nunmehr auch praktische Ziele erstreben und bei der Gründung der Station für die Anknüpfung von Handels- und Verkehrsbeziehungen Sorge tragen müsse. In diesem Sinne wurde der Vorstand beauftragt, das Project seiner Ausführung entgegenzuführen.

Herr Blanqui.

Aus Paris vom 27. April wird der Kölnischen Zeitung geschrieben;

